Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1886

2.12.1886 (No. 284)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 2. Dezember.

№ 284. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. 1886.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 1. Dezember.

Am gestrigen Tage ist die Session der **österreichisch-ungarischen Delegationen** geschlossen und damit eine Tagung beendigt worden, die wohl zu den bedeutsamsten seit dem Bestehen der Einrichtung der Delegationen zählt. Bedeutsam und erfreulich zugleich war ihr Verlauf, denn er zeigte, daß, wenn auch in Fragen der inneren Politik die Parteien und Nationalitäten in Oesterreich eine erbitterte Fehde mit einander führen, die österreichisch-ungarische Monarchie nach außen hin als ein einziges Ganze, als ein geschlossener, einiger Großstaat dasteht. Die Beschlüsse der Delegationen haben volle Uebereinstimmung der österreichischen und der ungarischen Delegirten mit einander sowie mit der Regierung ergeben und der Präsident der österreichischen Delegation konnte in seiner Schlußrede konstatiren, daß nicht ein einziger Posten der Regierungsvorschläge herabgemindert wurde.

Noch wichtiger als diese Uebereinstimmung in den Beschlüssen erscheint aber die Uebereinstimmung der Delegationen, die in den Debatten über die politische Lage, in den Berichten der Ausschüsse zum Ausdruck kam. Es ergab sich volle Einmüthigkeit in der Anschauung, daß Oesterreich-Ungarn die Erhaltung des Friedens, aber allerdings eines ehrenvollen und für die Interessen des Landes nicht abträglichen Friedens wünschen müsse, und die volle Einmüthigkeit in der Billigung der vom gemeinsamen Minister des Auswärtigen skizzirten Politik, die diesen Grundsatz vertritt. Der Verlauf der Delegationssession kann nur dazu beitragen, die Großmachtsstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie und den berechtigten Einfluß dieser Macht im Rathe der Völker von neuem nachdrücklich zu dokumentiren.

Deutscher Reichstag.

* **Berlin**, 30. November.

Der Reichstag trat heute in die erste Berathung des Reichshaushaltsetats ein. Der Staatssekretär Dr. Jacobi gab einen kurzen Ueberblick über das abgelaufene und das laufende Rechnungsjahr, in dem er besonders die Gründe darlegte, welche die Mindereinnahmen bei der Rübenzuckersteuer herbeigeführt haben. Erst wenn die neue Zuckersteuernovelle ihre Wirkung geltend mache, werde man zu gleichmäßigeren Resultaten auch bei dieser Steuer gelangen. Was das kommende Rechnungsjahr betreffe, so beginne dasselbe in mehrfacher Beziehung ungünstig. Aus dem Vorjahr würde sich ein erheblicher Fehlbetrag ergeben. Die Erträge der Stempelabgaben blieben erheblich hinter den Voranschlägen zurück. Und dazu träten noch größere Mehrbedürfnisse, vor Allem bei der Heeresverwaltung. Angesichts dieser Thatsachen lasse sich die Frage nicht abweisen, wie sich die Finanzlage wohl gestaltet haben würde, wenn eines der von den verbündeten Regierungen vorgelegten Steuergesetze zur Annahme gelangt wäre. Die Regierungen hätten bei der ablehnenden Haltung, welche der Reichstag eingenommen, zur Zeit davon Abstand genommen, mit neuen Versuchen vorzugehen. Dem Reich und den Wählern müsse erst die Nothwendigkeit eines Wandels zum Bewußtsein gekommen sein.

Herr Rickert forderte die Einlösung der „Versprechungen", wie Entlastung der Kommunen, Aufhebung der Klassensteuer, Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen, ferner Erhöhung des Ertrages der Zuckersteuer, größere Sparsamkeit bei den Ausgaben, und bemängelte schließlich die geringen Erträge der Börsensteuer, der Getreidezölle wie der Einnahmen der Post und Telegraphie.

Zunächst wies Staatssekretär Dr. Stephan dem Vorredner die thatsächlichen Irrthümer und Ungenauigkeiten nach, welche er in Bezug auf den Etat der Post und Telegraphie vorgetragen. Sodann ergriff Finanzminister v. Scholz das Wort. Herr v. Scholz erinnerte daran, wie sehr die verbündeten Regierungen sich bemüht, die Erträge der Zuckersteuer zu heben, und wie wenig Entgegenkommen sie gerade bei den Freisinnigen gefunden hätten. Versprechungen hätten die Regierungen nicht gemacht, wohl aber ein Programm aufgestellt, das nicht zur Ausführung komme, weil der Reichstag die Mittel verweigere. Auf das Monitum über den geringen Ertrag der Börsensteuer hielt Herr v. Scholz dem Vorredner die Geschäftssteuervorlage entgegen, die große Erträge gesichert hätte; der jetzige geringe Ertrag der Börsensteuer sei allerdings mit durch Defrauden veranlaßt. Niedrige Erträge der Getreidezölle bezeichnete Herr v. Scholz als geradezu willkommen; die Getreidezölle seien von den verbündeten Regierungen nicht als Finanzzölle, sondern als Schutzzölle für die Landwirthschaft betrachtet worden; je mehr sie den letzteren Charakter zeigten, desto besser sei es. Was unseren Reichthum betrifft, so seien wir reich genug für Mehrausgaben, wenn Sie die Mittel nur gewähren. Ein Volk, das 2 Milliarden jährlich für Trinken und Rauchen ausgibt, dessen Staaten fast gar keine Schulden haben, das an Gelehrigkeit und Gelehrsamkeit beinahe an der Spitze der europäischen Völker steht, das sollte nicht die Mittel haben, deren es bedarf?

Abgeordneter v. Benda (nat.-liberal) bedauerte es, daß die Regierungen in dieser Session keine neuen Steuervorlagen machen wollen, da die Einzelstaaten mit weiteren Erhöhungen der Matrikularsteuern verschont und ein Ausweg aus der jetzigen finanziellen Nothlage nur in der Eröffnung neuer Steuerquellen gefunden werden könne. Deßhalb wünsche er die Einbringung einer neuen Branntweinsteuer-Vorlage und hoffe, daß, wenn die Nothwendigkeit der neuen Militärvorlage anerkannt werde, das deutsche Volk in der Opferfreudigkeit bei der Aufbringung der Mittel zu seiner Sicherung hinter keiner anderen Nation zurückstehen werde. (Beifall.) — Nach kurzen persönlichen Bemerkungen wird die Berathung des Etats auf Mittwoch, 12 Uhr vertagt.

Deutschland.

* **Berlin**, 30. Nov. Seine Majestät der **Kaiser** nahm heute den Vortrag des Polizeipräsidenten, sowie eine große Reihe militärischer Meldungen entgegen, arbeitete darauf mit dem Militärkabinet und empfing die Besuche der Herzogin Wilhelm von Mecklenburg sowie des Prinzen Reuß und dessen Gemahlin. Darauf konferirte Seine Majestät mit dem Minister v. Puttkamer und unternahm eine Spazierfahrt. Im Laufe des Nachmittags folgte der Kaiser einer Einladung der Kronprinzessin zum Diner. Ihre Majestät die **Kaiserin** trifft hier morgen Abend ein.

— Der „Post" zufolge ist Prof. Heinrich v. Treitschke zum Historiographen Preußens als Nachfolger Leopolds v. Ranke ernannt worden.

± **Aus Elsaß-Lothringen**, 30. Nov. In Bezug auf den Besuch der höheren Lehranstalten ist jetzt das Reichsland von normalen Verhältnissen nicht mehr fern. Am 1. d. M. besuchten 8755 Schüler die 29 öffentlichen und 7 Privatlehranstalten. Es trifft nunmehr auf 178 Einwohner je ein Schüler höherer Anstalten. (In Preußen erst auf 180, in Baden dagegen schon auf 166 Einwohner.) Eine auffällige Erscheinung ist es, daß der Zudrang der katholischen Bevölkerung zum höheren Unterricht immer noch ein verhältnißmäßig schwacher ist. Trotzdem nämlich die katholische Bevölkerung im Reichslande sich zur protestantischen wie 5:1 verhält, liefert letztere doch 3973, jene dagegen bloß 3897 Schüler. Diese Erscheinung ist wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die besser situirte evangelische Minderheit, welche übrigens durch die Einwanderung nach dem Kriege eine bedeutende Stärkung erfahren hat, von jeher ihre Söhne mit besonderer Vorliebe dem höheren Studium zuführte. Dabei dürfte noch in Betracht kommen, daß immer noch, wenn auch bedeutend weniger als in den 70r Jahren, eine Anzahl katholischer Knaben zur Ausbildung in's Ausland, namentlich nach Frankreich geschickt wird. An der Landesuniversität Straßburg studiren im laufenden Semester 306 Elsaß-Lothringer, gegen 238 im Wintersemester 1883/84. Auf diese Weise ist es ermöglicht, dem schon so oft ausgesprochenen Wunsche des Landesausschusses, den Beamtenbedarf aus einheimischen Kräften zu decken, in sämmtlichen Verwaltungszweigen ausnahmslos nachzukommen.

Oesterreich-Ungarn.

Pest, 30. Nov. Die ungarische Delegation nahm endgiltig und unverändert die Budgets des Auswärtigen, des Kriegs und der okkupirten Länder an. Hierauf erfolgte der Schluß der Session. Graf Kalnoky sprach im Namen des Kaisers dessen Anerkennung und besonderen Dank für die Hingebung und Opferwilligkeit der Delegirten aus und dankte im Namen der Regierung für das Vertrauen, welches dem Ministerium in seinen schwierigen Aufgaben Kraft und die Sicherheit geben werde, auf die Zustimmung und Hingebung der Länder zählen zu können. Der Präsident betonte, daß die Delegation der Aufgabe vollauf entsprach, dem Reiche zu gewähren, was zur Erhaltung der Machtstellung desselben nöthig ist. Er dankte der Regierung für die gegebenen beruhigenden und gründlichen Aufklärungen, wies auf die erhebende Thatsache der vollsten Uebereinstimmung beider Delegationen auch in politischer Beziehung hin, welche deutlich besage, daß alle Völker Oesterreich-Ungarns fest entschlossen seien, für die Vertheidigung der vitalen Interessen und der Machtstellung der Monarchie wie ein Mann einzustehen, und schloß mit stürmisch erwiderten Hochrufen auf den Kaiser.

— Ueber den Verlauf der heute zu Ende gegangenen Delegationstagung wird der „Polit. Korresp." aus Pest geschrieben: „Graf Kalnoky und seine Politik haben im Verlaufe der Delegationsberathungen immer mehr an Boden und Anhang gewonnen. Es läßt sich nicht läugnen, daß die ungarische Delegation anfangs dem Minister des Aeußern mit ziemlicher Kühle, ja zum Theile mit einem gewissen Antagonismus gegenüberstand, und es wurde erwartet, daß Graf Andrassy dieser Stimmung Ausdruck verleihen, ja diesen antagonistischen Standpunkt geltend machen werde. Graf Andrassy hat sich jedoch auf einen objektiven Standpunkt gestellt und wenn er auch in seinen beiden, einander ergänzenden Reden eine selbständige Auffassung der schwebenden Fragen an den Tag gelegt und einen weiten Gesichtskreis eröffnet hat, so ist doch durch sein ganzes Auftreten die Möglichkeit ausgeschlossen worden, daß die ungarische Delegation in ihrer Haltung gegenüber dem Grafen Kalnoky anta-

---

Nachdruck verboten.

Hundert Jahre deutscher Schauspielkunst.

Am nächsten Sonntag feiert das Berliner Schauspielhaus das Jubiläum seines 100jährigen Bestehens. Das Todesjahr des großen Friedrich wurde das Geburtsjahr der königl. Schauspiele: am 5. Dez. 1786 fand die Eröffnung des neu hergestellten „Königl. Nationaltheaters" auf dem Gendarmenmarkte in Gegenwart des Königs und des Kronprinzen mit der ersten Vorstellung des Jünger'schen Lustspiels: „Verstand und Leichtsinn" statt, nachdem Friedrich Wilhelm II. dem Direktor Döbbelin das Theater „mit allen den darin befindlichen Dekorationen und Maschinen, auch der dabei vorhandenen Garderobe nebst 5000 Thalern jährlichen Gehalts, außer der öffentlichen Einnahme, allergnädigst zu ertheilen geruht" hatte. Hundert Jahre sind für die Kunst im Allgemeinen ja kein langer Zeitraum, aber die Schauspielkunst macht in dieser Hinsicht eine Ausnahme; denn vor hundert Jahren begannen sich erst stabile Theaterverhältnisse recht herauszubilden, die Kunst, die bis dahin wandernd die deutschen Länder durchzog, erhielt feste Heimstätten und es braucht kaum gesagt zu werden, daß damit auch erst der sichere Grund für ihre stetige und ernsthafte Entwicklung gelegt wurde. Die hundertjährige Geschichte des königlichen Schauspielhauses in Berlin umschließt somit ein gutes Stück deutscher Theatergeschichte überhaupt und dieser Umstand läßt es begreiflich erscheinen, daß das Jubiläum der preußischen Hofbühne ein allgemeineres Interesse erweckt.

Wenn heute Berlin den Mittelpunkt des deutschen Theaterlebens bildet, so ist es doch gerade hier der Schauspielkunst schwer geworden, festen Fuß zu fassen, und zu einer Zeit, in welcher andere Städte schon thatkräftigen Antheil zur Förderung der deutschen Bühne nahmen, beherrschte in Berlin noch Eckenberg das Feld, der „starke Mann", welchem die Schauspielkunst nur als Mittel zum Zweck, zur Ausfüllung der Pausen zwischen seinen Seiltänzer- und Herkulesproduktionen diente. Friedrichs des Großen Interesse beschränkte sich auf die Oper und die französische Komödie und es ist eine bezeichnende Thatsache in der deutschen Theatergeschichte, daß in demselben Jahre das nach Knobelsdorf's Plänen erbaute stattliche Opernhaus in Berlin eingeweiht wurde, in welchem — es war in dem auch für die politische Geschichte Preußens denkwürdigen Jahre 1742 — dem bekannten Schauspieldirektor Schönemann für seine Vorstellungen dasselbe Lokal angewiesen ward, in dem Eckenberg sich vorher produzirt hatte. Auch Schönemann, so Anerkennenswerthes er sowohl hinsichtlich des Repertoirs, in welchem mit den Werken Molière's und Voltaire's Gottsched'sche Stücke wechselten, wie hinsichtlich des Personals bot, vermochte einen mehr als flüchtigen Einfluß auf das Berliner Kunstleben nicht zu erlangen; er verließ bald Berlin wieder und entsagte dann der Bühne überhaupt. Erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, im Jahre 1754, können wir die Anfänge des heutigen Berliner Theaters beobachten und seltsamer Weise war es dem größten Hanswurstdarsteller seiner Zeit vorbehalten, gewissermaßen den Grund für die Entwicklung des späteren Berliner Hofschauspiels zu legen. Es war dies der Wiener Komiker Schuch. Natürlich pflegte Schuch noch vielfach, seinem eigenen Talent entsprechend, die Stegreifkomödie, nach seinem Tode brachte sein Sohn aber, der sein Privilegium — „in Berlin und den königlichen Landen" zu spielen — geerbt hatte und das Theater in der Behrenstraße aufbauen ließ — „regelmäßige Stücke" der damaligen deutschen Dichter und vor Allem Lessing's zur Aufführung. Der Schuch'schen Gesellschaft gehörte von 1766 ab Karl Theophilus Döbbelin an, derjenige Mann, dessen Namen auf's engste mit der Geschichte der Anfänge des Berliner Hoftheaters verknüpft ist. Und lange, als Döbbelin seine Augen geschlossen hatte, lebte sein Name noch fort in seiner Tochter, die bis 1815 eine Zierde der Berliner Hofbühne bildete.

Döbbelin war aus der Schule der Neuberin hervorgegangen und setzte den von der Neuberin begonnenen Feldzug gegen die Stegreifkomödie erfolgreich fort. Vor Allem war Lessing das Ideal Döbbelin's und trotzdem Lessing durchaus nicht stolz auf diesen Gönner unter den Schauspielprinzipalen war, trotzdem er 1768 in einem Briefe über Döbbelin spottend schrieb: „Wenn das deutsche Theater durch ihn emporkommen soll, so helfe ihm Gott", ließ Döbbelin sich in seinem Lessing-Kultus nicht irre machen und er hatte den glänzendsten Erfolg auf seiner Seite. In demselben Jahre, in welchem Lessing sich so herb über ihn äußerte, brachte Döbbelin Lessing's „Minna von Barnhelm" zehnmal nach einander bei gefülltem Hause zur Aufführung — ein Erfolg, der bei den damaligen theatralischen Verhältnissen ein ganz außerordentlicher war. Die Döbbelin'sche Direktionsführung in Berlin wurde von der Episode der Koch'schen Direktion nur unterbrochen. Koch vermittelte in der Zeit von 1771 bis 1775 in dem Theater, welches Döbbelin, während dieser auf Reisen gegangen war, ihm überließ, dem Berliner Publikum die auf „Minna von Barnhelm" gefolgten Dramen Lessing's, der „Miß Sara Sampson", „Emilia Galotti", des „Philotas" und der Erstlingswerke Goethe's, des „Götz" und „Clavigo".

Nach dem 1775 erfolgten Tode Koch's erschien Döbbelin wieder in Berlin und schuf mit den besten Schauspielern der Koch'schen Truppe und neu engagirten Künstlern ein Personal, das zum Theil aus vorzüglichen Kräften bestand. Diesem Personal gehörte vor Allem neben Mlle. Döbbelin der berühmt gewordene Unzelmann an, während als Gäste 1777 Brockmann, 1778 Schröder, im darauf folgenden Jahr Reinecke auftraten. Wie Brockmann der berühmteste Hamlet-Darsteller der damaligen Zeit war, so trat auch Schröder bei seinen Gastspielen mit Vorliebe in Shakspeareschen Rollen auf, als Hamlet, Lear, Falstaff, und in die Zeit ihrer Berliner Gastspiele fällt die wirkliche Einführung Shakspeare's auf die Bühne der einstigen deutschen Reichshauptstadt, nachdem Döbbelin schon zwei Jahre vor Brockmann's Gastspiel einen gut gemeinten, aber nicht von nachhaltigem Erfolg begleiteten Versuch mit „Romeo und Julie" gemacht hatte. In dem Todesjahr Lessing's erschien das Jugendwerk Schiller's auf der Döbbelin'schen Bühne: zu Neujahr 1783 wurden „Die Räuber" erstmals gegeben, freilich in einer so verdünnten Bearbeitung des Originals, wie sie (der als Bühnendichter nicht viel bedeutender wie als Schauspieler gewordene) Blümicke nur zu geben vermochte. Für die Darstellung Schiller'scher Rollen — als Karl Moor, Fiesko, Ferdinand — wurde das Engagement Fleck's (1783) besonders wichtig.

(Fortsetzung folgt.)

gonistische Gesinnungen oder Mangel an Vertrauen zum Durchbruch kommen lasse. Eine solche Wendung konnte um so weniger eintreten, als Graf Kalnoky, wenn er auch als Minister sich nicht jedem Worte des Grafen Andrassy anzuschließen und eben so wenig sich zum Wortführer des Mißtrauens der ungarischen Delegation gegenüber Rußland zu machen vermochte, im Wesen der Sache sich mit den Anschauungen der ungarischen Delegation in Uebereinstimmung befand. Die Wahrnehmung dieser Thatsache hat äußerst beruhigend gewirkt. . . . Nicht bloß Graf Kalnoky, auch der Reichskriegsminister Graf Bylandt-Rheidt, hat vollen Anlaß, von dem Verlaufe der Delegationsberathungen befriedigt zu sein."

Frankreich.

Paris, 30. Nov. Der Handelsvertrag zwischen Frankreich und Mexiko wurde abgeschlossen. — In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde der für Madagascar geforderte Kredit im Betrage von 349,000 Frcs. mit 298 gegen 100 Stimmen genehmigt. — Bei der im Departement Hochalpen stattgehabten Ergänzungswahl für die Kammer standen einander zwei republikanische Bewerber gegenüber. Der gemäßigtere, Grimaud, siegte mit 13,188 gegen 10,629 Stimmen. — Senatoren und Abgeordnete der Departements Seine, Nord, Oise und Pas-de-Calais, sowie die vier Präfekten dieser Departements besuchten den Bauenminister und baten ihn, den Plan eines neuen Kanals des Nordens zu fördern, der die Kohlenzufuhr aus dem nordfranzösischen Kohlenbezirk nach Paris erleichtern solle. Der Minister willfahrte diesem Wunsche sofort, indem er aus einigen der Erschienenen einen Ausschuß für die Beschaffung der Mittel bildete. Die Kosten des schon 1883 von der Kammer genehmigten Planes sind auf 56 Millionen veranschlagt. Der Kanal ist für Nordfrankreich nothwendig geworden, nachdem durch den Kanal von Tancarville englische Kohlen ohne Umladung nach Paris kommen.

— Die Deputirtenkammer setzte heute die Berathung des Budgets von Madagascar fort. Mahy (Linke) tadelte das Auftreten der französischen Behörden auf Madagascar, welche nicht für die Durchführung des Vertrages sorgten. Es stehe das freiwillige Aufgeben der Rechte Frankreichs zu befürchten. Ministerpräsident Freycinet erwiderte, der dortige Generalresident habe den Auftrag, mit Güte die strenge Ausführung des Vertrages zu verlangen, aber unbeugsam für Frankreichs Rechte einzutreten. Die letzten Briefe des Generalresidenten schilderten die Lage als viel besser. Der Generalresident versichere, der französische Einfluß werde auf der Insel bald vorherrschend sein. Sollten indeß die Mittel der Mäßigung und des Wohlwollens nicht den gewünschten Erfolg haben, so werde Frankreich alle nöthigen Maßregeln ergreifen, um die Ausführung des Vertrages durchzuführen. Bischof Freppel entgegnete, die ertheilten Erklärungen entsprächen nicht der dargelegten Lage. So dürfe man die Unterschrift Frankreichs nicht protestiren lassen. Da sei es besser, die Insel zu räumen. So könne es nicht mehr fortgehen! Freppel erklärte schließlich, er werde den Kredit nur als Ultimatum bewilligen, nach welchem es heißen müsse: entweder strenge Ausführung des Vertrages oder Marsch nach Antananarivo! Freycinet entgegnete, die Lage ist keineswegs erniedrigend. Wir können sie uns mit der Entwicklung, die sie nimmt, schon gefallen lassen. Sie ist der Art, daß sie das Nationalgefühl befriedigt. Mahdy bedauert, daß der Konseilspräsident und der Minister des Auswärtigen so schlecht unterrichtet seien. Die Besorgnisse über das Loos, das dem Generalresidenten bevorstehe seien wohl begründet. Man denke nur an Rivières Schicksal. Der Generalresident könne nicht mit 12 Mann einem Aufstande die Spitze bieten. Freycinet erklärte dagegen, er habe keine Besorgniß über das Loos des Generalresidenten, der ihm selber die Zahl der Mannschaft seines Geleites bezeichnet habe. Nach einigen Bemerkungen von der linken und der rechten Seite des Hauses wird der Kredit für Madagascar mit 289 gegen 100 Stimmen bewilligt.

Italien.

Rom, 29. Nov. Die endgiltigen Vorschläge des Kriegsministers bezüglich der Verstärkung der Kavallerie und Artillerie gehen dahin, daß zwei Regimenter leichter Reiterei errichtet und die ganze, aus 24 Regimentern bestehende Kavallerie in 8 Brigaden zu 3 Regimentern eingetheilt werden soll. Ferner sollen 24 Neun-Centimeter-Batterien zu 8 Geschützen und 5 Kompagnien Festungsartillerie errichtet werden. Im außerordentlichen Theile des Budgets des Heeres und der Marine sind für nächstes Jahr 25 Millionen Lire zu gleichen Theilen eingestellt worden. Die Auslagen für die Repetirgewehre betragen 6 Millionen.

— Die Erklärungen, welche der Minister des Aeußern am Sonntag über die Stellung Italiens zu den schwebenden Fragen der auswärtigen Politik abgegeben hat, fanden in der öffentlichen Meinung Italiens einen sympatischen Widerhall. Die Blätter bestätigen ohne Unterschied der Parteirichtung den großen Erfolg des Ministers, der von Nicotera, Seismit-Doda und den bedeutendsten Männern der Opposition beglückwünscht wurde. Die „Tribuna" sagt: „Der allgemein gute Eindruck wurde noch durch die einfache und klare Form und durch ein gewisses Betonen von Grundsätzen und Gefühlen hervorgehoben, die ein angenehmes Echo erweckten. Aus den Erklärungen des Ministers darf man folgern, daß wir mit Oesterreich und England einen Dreibund unter dem Schutze Deutschlands bilden, das sich nicht offen ausschließt, um Rußland durch scheinbare Unterstützung seiner Pläne im Zaume halten zu können." Der offiziöse „Popolo Romano" schreibt: England, Oesterreich und Italien sind also entschlossen, jeden Versuch im Oriente, die russische Hegemonie zu begründen, mit Gewalt zurückzuweisen. Die Erklärungen des Ministers entsprechen vollständig den Gefühlen des italienischen Volkes. Es mag im Anschluß hieran bemerkt sein, daß auch die österreichischen Blätter sich mit der Rede des Grafen Robilant durchaus einverstanden erklären. „Die Aufschlüsse des Grafen Robilant," schreibt das Wiener „Fremdenblatt", „tragen wesentlich zur Aufhellung der Lage bei und verstärken die Zuversicht in eine dem Frieden und dem Rechte Europa's entsprechende Lösung der schwebenden Fragen." Die „N. Fr. Pr." ist überzeugt, daß die Erklärungen des Grafen Robilant überall mit derselben Befriedigung werden aufgenommen werden, wie in der italienischen Kammer. Die Rede beweise, daß Italien in der bulgarischen Frage vollkommen mit Oesterreich-Ungarn und England übereinstimmt. Die „Deutsche Ztg." sagt noch', niemals sei auf dem Monte Citorio der Anschluß Italiens an Oesterreich und Deutschland so offen und überzeugungsvoll als das Kardinalprogramm der auswärtigen Politik Italiens hingestellt worden. Der „Pester Lloyd" endlich schreibt über das italienische Grünbuch: „Der Haltung Italiens wird man nach dieser Publikation das höchste Lob spenden müssen."

Spanien.

Madrid, 30. Nov. Der „National-Ztg." wird von hier gemeldet: Der spanische Minister des Aeußern machte in den Cortes Mittheilung, daß Deutschland im Monat September auf das durch das römische Protokoll erlangte Recht verzichtet habe, auf den Karolinen- oder den Palaos-Inseln eine Station zu errichten. Indem der Kammerpräsident davon Kenntniß gab, betonte er lebhaft die große Wichtigkeit des deutschen Zugeständnisses, wodurch die Karolinen-Angelegenheit in einer für Spanien äußerst befriedigenden Weise endgiltig erledigt wird.

Großbritannien.

London, 30. Nov. Mehrere Morgenblätter melden aus Dublin, daß General Buller zum permanenten Unterstaatssekretär für Irland ernannt worden ist. — Einer weiteren Meldung aus Dublin zufolge ist die Gerichtsverhandlung gegen Dillon bis zum 11. Dezember verschoben worden. — Der französische Botschafter ersuchte um eine definitive Antwort der englischen Regierung auf die Vorschläge Freycinet's betreffs der Neutralisirung des Suezkanals.

— Ueber die Erhöhung der Präsenzstärke der deutschen Armee bemerkt der „Standard": „Weit davon entfernt, dem Deutschen Reiche einen Vorwurf aus seinen militärischen Vorbereitungen zu machen, sollten die anderen Länder zugeben, daß Deutschland darin eine Mäßigung gezeigt hat, welche seine Nachbarn nur hätten nachahmen sollen. Zwischen einer Militärautokratie und einer militärischen Republik liegend, könnte man es Deutschland nicht verübeln, wenn es die Stärke seiner Armee bedeutend über 470,000 Mann brächte. Aber die Maschinerie des deutschen Heeres ist so vollendet, daß es nur einer Art nationaler Bewegung bedarf, ohne jeden Lärm und jede Verwirrung, um es zu vergrößern. Die Organisation ist so elastisch, daß die neuen Rekruten einfach in dem Rahmen der bestehenden Armeecorps absorbirt werden. Zum Glück haben weder das deutsche Volk, noch seine Lenker die Absicht, die furchtbare Waffe, welche sie sich geschmiedet, in leichtsinniger Weise zu gebrauchen. Dem deutschen Heere verdankt Europa die fünfzehn Jahre verhältnißmäßiger Ruhe, und der Friede Europa's würde ohne dasselbe nach unserer Meinung auch nicht einen Pfifferling werth sein."

Rußland.

St. Petersburg, 30. Nov. Das „Journal de St. Pétersbourg" bespricht die letzte Rede des Grafen Andrassy und sagt, es sei interessant zu hören, daß Oesterreich keinerlei Gebietsvergrößerung anstrebe; lehrreich sei auch die Vertheidigung Andrassy's zu Gunsten der Autonomie der Völkerschaften des Orients. Man müsse von diesen Aeußerungen besonders Vermerk nehmen, obwohl dieselben abgeschwächt seien durch die Ausführungen, welche die Okkupation Bosniens und der Herzegowina legitimiren sollen. Auf die Rußland ertheilten Rathschläge will das Blatt nicht näher eingehen; es ist überzeugt, dieselben seien durchaus nicht erbeten worden, und meint, der Redner selbst würde Rußland das Recht nicht streitig machen, der zuständigste Richter seiner eigenen Interessen zu sein.

Rumänien.

Bukarest, 30. Nov. Nachdem Rumänien seinen Handelsvertrag mit England bis 1891 verlängert und mehrere Artikel des Tarifs abgeändert hat, wünscht dem Vernehmen nach die rumänische Regierung, auch eine Revision gewisser Artikel des Tarifs zum deutschen Handelsvertrag, der noch für fünf Jahre in Kraft ist, mit Deutschland zu vereinbaren.

Serbien.

Belgrad, 30. Nov. Die Zeitungsmeldungen von einem angeblichen Komplot gegen das Leben des Königs entbehren jeder Begründung. (Es war gemeldet worden, die Belgrader Regierung sei einer weitverzweigten Verschwörung auf die Spur gekommen, deren Fäden bis nach Neusatz, Cettinje und Antivari reichen; der Plan sei dahin gegangen, den König Milan am letzten Mittwoch während einer Jagd im Hochgebirge bei Branja gefangen zu nehmen und nach Montenegro zu entführen. Der König, der durch Franassovitsch von dem Komplott verständigt wurde, sei infolge dessen bereits in der Nacht von Montag auf Dienstag nach Belgrad zurückgekehrt. Die ganze Erzählung erschien schon dadurch verdächtig, daß ähnliche Meldungen bereits früher ab und zu in der Presse aufgetaucht sind, die sich alsdann als Phantasieerzeugnisse erwiesen.)

Zeitungsstimmen.

Zur Militärvorlage äußert die „Nationalliberale Korrespondenz": „Die ernsten und mahnenden Worte, mit denen die Thronrede und noch mehr die Begründung der Militärvorlage auf die dermalige Weltlage und die Gefahren für die Sicherheit des Reichs hinweisen, haben nach den Eindrücken parlamentarischer Kreise doch ihre Wirkung bis tief in das Lager der deutschfreisinnigen und klerikalen Opposition hinein nicht verfehlt. Auf die Höhe der Gemüthlichkeit des Herrn Klotz, des deutschfreisinnigen Kandidaten für den ersten Berliner Reichstagswahlkreis, welcher in einer Wahlrede erklärte, die deutschfreisinnige Partei dürfe sich nicht schrecken lassen durch die angeblichen Gefahren, die von gewisser Seite hervorgezaubert werden (!), vermögen sich doch anscheinend auch nicht alle seine Parteigenossen aufzuschwingen. Es gilt keineswegs für ausgeschlossen, daß in der doppelten Beziehung, der Erhöhung der Militärlast und der Dauer der Bewilligung, eine Verständigung mit dem Reichstag, wenn nicht mit Hilfe der Deutschfreisinnigen, so der des Zentrums zu Stande kommt. Indessen entbehren im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit alle Muthmaßungen, ob, auf welchen Grundlagen und in welcher Weise eine Verständigung erzielt wird, zu sehr des positiven Anhaltes, als daß es sich verlohnen könnte, sich weiter darüber zu verbreiten. Aus dem schlichten Ernst des Tones, mit welchem die Begründung der Vorlage die militärische und politische Situation beleuchtet, wird man nicht den Eindruck gewinnen, daß sie eine unnöthige Schwarzmalerei anwende und Gefahren „hervorzaubere", die nicht in der Wirklichkeit begründet sind, daß sie Stimmung für eine Verstärkung der Wehrkraft machen wolle, die nicht durch ein thatsächliches Bedürfniß gerechtfertigt, sondern nur aus einer Liebhaberei der Militär- und Regierungskreise entsprungen wäre. Man braucht weder in die große Politik eingeweiht, noch ein militärischer Sachverständiger zu sein, sondern nur allbekannte Vorgänge und Erscheinungen mit unbefangenem Blick zu verfolgen, um zu denselben Gesichtspunkten und Schlußfolgerungen zu gelangen, wie die Begründung der Vorlage. Daß ein gleichzeitiger russisch-französischer Angriff auf das Deutsche Reich unvermeidlich wäre, behauptet Niemand, daß er aber eine sehr ernste Gefahr und Möglichkeit ist, dagegen kann Niemand die Augen verschließen, der sich nicht selbst in eine Welt von harmlosestem Optimismus und kindlichen Illusionen hineinzaubert. Ob eine Mehrheit des Reichstags die Verantwortung übernimmt, bei dieser ernsten und gewiß nicht sehr rasch vorübergehenden Sachlage diejenigen Maßregeln zu verweigern, welche die politischen und militärischen Rathgeber der Krone für unerläßlich erklären, das wird man bis zum Beweis des Gegentheils bezweifeln dürfen."

Von der „Schlesischen Zeitung" wird **die der Heeresvorlage beigegebene Motivirung** als nach Form und Inhalt klassisch bezeichnet. An den in den Motiven enthaltenen Hinweis, daß die auf Erhaltung des Friedens gerichtete Politik Deutschlands nur dann von Erfolg sein könne, wenn sie sich auf eine achtunggebietende Streitmacht stütze, knüpft sie sodann folgende Betrachtung, für welche sie sich auf den auch in unserem Blatte erwähnten Artikel der „Köln. Ztg." über den Ernst der gegenwärtigen Lage beruft: Das alte Wort Si vis pacem, para bellum hat nie eine höhere Geltung gehabt als gerade in unseren Tagen. Das gesammte Europa steht unter dem Druck einer kriegerischen Atmosphäre. Der Friede aber war nie ein kostbareres Gut als heute. Nachdem die allgemeine Wehrpflicht in allen Staaten zur Geltung gelangt ist, droht jeder Krieg zu einem Volkskriege und damit zu einer Geißel für die Menschheit zu werden, wie sie Europa seit der Völkerwanderung nur selten gefühlt hat. Das Interesse an der Erhaltung des Friedens ist unter den heutigen Verhältnissen für Deutschland noch ein wesentlich größeres, als für alle anderen großen Staaten des Erdtheils. Denn alle anderen Völker würden wenigstens mit der Hoffnung in den Kampf eintreten, durch den Sieg irgend ein ihren nationalen Interessen entsprechendes großes Ziel zu erreichen. Die Franzosen wollen Belgien und Elsaß-Lothringen zurückgewinnen, die Engländer wollen Herren des Mittelmeeres werden, die Oesterreicher streben nach Salonili, die Russen nach Konstantinopel, die Italiener nach Triest und dem Trentino, nach Nizza und Savoyen. Was aber könnte Deutschland unter den zur Zeit obwaltenden Verhältnissen in einem großen Kriege erreichen? Bestenfalls Ersatz der Kriegskosten und das Recht, seine Todten zu beweinen. Es ist eine seltsame Erscheinung, daß in den letzten Wochen und Monaten gerade die Organe derjenigen Parteien, welche jeder Stärkung unserer Wehrkraft den heftigsten Widerstand entgegensetzen, die Friedenspolitik Deutschlands vor der Welt verächtlich zu machen bestrebt sind und in frivolster Weise in die Kriegstrompete stoßen. Wir können dies nur daraus erklären, daß in diesen Kreisen der Ernst der Situation tief unterschätzt wird oder man sich von den Schrecken eines in seiner Dauer unabsehbaren Völkerkampfes eine Vorstellung nicht zu machen weiß."

Ueber die **politische Lage** schreibt die „Nordd. Allgem. Zeitung": „Die heute von verschiedenen Seiten her vorliegenden Kundgebungen zur politischen Situation tragen einen hervorragend friedlichen Charakter und sind dazu angethan, das Vertrauen zu stärken und zu befestigen, daß es gelingen werde, einen Ausgleich der nach verschiedenen Richtungen hin bestehenden Gegensätze zuwege zu bringen. Als ein in erster Linie bedeutsames Moment für diese Auffassung kann die letzte Rede angesehen werden, die Graf Andrassy in Pest gehalten und in welcher er den Nachweis führt, daß eine Kollision zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland nicht nur vermieden werden sollte, sondern auch, daß eine solche durch die rationelle Politik beider Reiche und ihrer Interessen gar nicht geboten ist. Die österreichische Presse erkennt in voller Uebereinstimmung und Einmüthigkeit in den Worten des genannten Staatsmannes und Parteiführers die staatsmännische Begründung eines Programms, das geeignet sei, der österreichischen Politik die Sympathien aller an Balkanfragen nicht unmittelbar betheiligten Völker zu gewinnen."

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 1. Dezember.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin haben gestern Abend einer musikalisch-deklamatorischen Produktion in den Räumen des Konversationshauses in Baden-Baden angewohnt, welche von Madame Ernst, dem Kammervirtuosen Sjödén und dem Konzertmeister Krastel veranstaltet war. Danach fand die schon gemeldete größere Hoftafel bei Ihren Königlichen Hoheiten statt.

Heute machten der Großherzog und die Großherzogin bei den in Baden-Baden weilenden Fürstlichen Herrschaften Abschiedsbesuche. Die Rückkehr der Großherzoglichen Herrschaften nach Karlsruhe findet heute Abend statt.

---

* (Im großen Museumssaale) wird am nächsten Samstag Herr Professor Dr. Eberhard Gothein für die Mitglieder der Museumsgesellschaft seinen vierten Vortrag, und zwar über das Thema „Ziele und Wege der Renaissancebildung" halten.

* (Der diesjährige Weihnachtsbazar der Kunststickereischule) findet Linkenheimerstraße N. 2 von Freitag den 3. bis Sonntag den 5. Dezember statt. Geöffnet wird der Bazar sein am Freitag und Samstag von 10 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Abends, am Sonntag von 11 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Abends.

* **Mannheim**, 30. Nov. (Die Obmännerversammlung des „Pfälzer Bauernvereins") hat einen Aufruf an die Wähler des Freiherrn O. v. Stockhorner veröffentlicht, in welchem zunächst die Gründe dargelegt werden, aus welchen sie im ersten Wahlgang die Wahl des Hrn. Diffené nicht hätten empfehlen können; es habe dessen freihändlerischer Liberalismus den Bestrebungen des Bauernvereins zum Schutze der Landwirthschaft mit voller Entschiedenheit entgegengestanden. Die Sozialdemokratie aber bekämpfe ebenfalls und mit aller Schärfe die landwirthschaftlichen Schutzzölle und habe überdies immerfort die Ausrottung des Christenglaubens, Aufhebung des Eigenthums, Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung im Auge. Dagegen stehe die nationalliberale Partei und ihr Kandidat zu

Fürst und Vaterland, zu Kaiser und Reich, zur staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, wie die Bauernvereine selbst. Deßhalb fordert sie alle ihre Mitglieder und Gesinnungsgenossen auf, bei der Stichwahl ihre Stimme für Herrn Philipp Diffené in Mannheim abzugeben.

§§. **Mosbach**, 30. Nov. (Thierimpfung. — Vortrag. — Haferverkauf.) Auch in diesem Jahre wurde im diesseitigen Amtsbezirke und in verschiedenen Orten der hintern Landesgegend gegen den sogenannten Rauschbrand die Thierimpfung fortgesetzt. In Oberschefflenz wurden 37, in Unterschefflenz 22 Thiere erstmals am 6. Mai und das zweitemal am 15. desselben Monats unter Anleitung des Professors Heß aus Bern und in Anwesenheit mehrerer hiezu beorderter Thierärzte geimpft. In Götzingen, Amts Buchen, wurde das Impfgeschäft in gleicher Weise an 39 Thieren vorgenommen, hier war auch das Großh. Ministerium des Innern durch den technischen Assistenten, Bezirksthierarzt Haffner, vertreten, wie denn auch Bezirksthierarzt Hager von hier zugegen war. Von den geimpften Thieren ist ein guter Verlauf und Ausgang zu berichten, sämmtliche Impflinge blieben gesund und entwickelten sich gut. Das Resultat ist nach erhaltener Mittheilung als ein günstiges zu bezeichnen. Die in einem Orte des Amtsbezirks Tauberbischofsheim vorgekommenen Rauschbrandfälle trafen nichtgeimpfte Thiere. — Der von Dr. Wislicenus aus Berlin auf Anregung des hiesigen Gewerbevereins im großen Rathaussaal dahier abgehaltene Vortrag: „Die Deutschen in den Vereinigten Staaten Nordamerika's", war auch von Nichtmitgliedern zahlreich besucht und bot des Belehrenden viel. — Endlich scheint in den Haferverkauf etwas Leben kommen zu wollen. Vorige Woche wurde eine Eisenbahnwagenladung zu 5 M. pro Ztr. aus Lohrbach und gestern 205 Ztr. zu 5 M. 50 Pf. aus Fahrenbach von hier abgesandt, erstere nach Frankfurt a. M., letztere nach Mannheim.

‡ **Freiburg**, 1. Dez. (Oberrheinische Gewerbeausstellung.) Vielseitig hört man die Ansicht äußern, daß, wie bei den meisten ähnlichen Unternehmungen, der ursprüngliche Anmeldetermin verlängert werden wird. Auf Grund zuverlässiger Information können wir mittheilen, daß der verfügbare Platz schon nahezu vollständig in Anspruch genommen ist. Der Hauptausschuß wird morgen endgiltig in der Angelegenheit entscheiden, doch glauben wir jetzt schon sagen zu können, daß eine Verlängerung der Anmeldefrist schwerlich beschlossen werden dürfte.

Vom Bodensee, 30. Nov. (Vortrag. — Schneefall. — Erderschütterung.) Gestern Abend hielt der bekannte Afrikareisende Herr Gerhard Rohlfs im großen Saale des Gasthofs „Zur Post" in Stockach einen Vortrag über Ostafrika und dessen Stellung zur deutschen Kolonialpolitik. In lebhaften Farben schilderte er die geographischen und ethnologischen Verhältnisse dieses Landes, seine Produkte und Handelsbeziehungen, wobei er den Nachweis führte, daß jenes Territorium zur Ansiedelung germanischer Stämme vollkommen geeignet sei. In erster Linie empfahl er zu diesem Zwecke das Sultanat Sansibar, an dessen Klima sich der Europäer verhältnißmäßig leicht gewöhne. Der interessante Vortrag wurde von dem zahlreichen Auditorium mit dem lebhaftesten Beifalle aufgenommen. — Heute früh stellte sich bei +1 Gr. R. erneuter Schneefall in der oberen Seegegend ein. Es ist sehr fraglich, ob derselbe länger als seine Vorgänger die Herrschaft bei uns behaupten wird. Das Barometer ist bis auf 760 mm zurückgegangen. — Die Sonntag Nachts in Stockach wahrgenommene Erderschütterung wurde sowohl in der südlichen und südwestlichen als in der nördlichen Seite der Stadt beobachtet. Man bemerkte sie im Bahnhofgebäude, in der Kaserne des Landwehrstammes, in der Nähe der Großh. Domänenverwaltung bis zum nordöstlichen Stadttheil. In einzelnen Häusern war der Erdstoß so heftig, daß Stühle zu Boden und Schlüssel von der Wand herab fielen. Auch in dem eine Stunde von Stockach entfernten Orte Winterspüren wurde das Erdbeben deutlich wahrgenommen.

♁ **Konstanz**, 29. Nov. (Messe. — Straßenbahn.) Die heurige Konradimesse, welche gestern, wie im letzten Bericht schon erwähnt, ihren Anfang genommen hat, ist auch heute von Verkäufern sowohl wie von Käufern stark besucht worden. Das Wetter ist ihr bis jetzt günstig geblieben. Da die Temperatur in den letzten Tagen erheblich gesunken ist, dürfen auch die Kürschner auf ein gutes Geschäft rechnen. — Der Gemeinderath von Radolfzell hat den Betrag von 82,000 Mark ausgesetzt zur Bestreitung der Kosten für die Vorarbeiten zu einer Straßenbahn Radolfzell—Steißlingen—Volkertshausen—Engen. Die Einwohner von Radolfzell sind für dieses Bahnprojekt sehr günstig gestimmt und das Gleiche soll mit den Bewohnern der andern betheiligten Gemeinden der Fall sein.

Verschiedenes.

* **(Von dem Vorstand des Vereins gegen Mißbrauch geistiger Getränke in Karlsruhe)** geht uns folgende Ausführung zum Abdruck zu:

Die höchste Steuer erheben wir Deutsche von uns selbst durch den Schnapsgenuß. Ungefähr 11 Liter Schnaps jährlich werden im Deutschen Reich auf den Kopf der Bevölkerung verbraucht, macht bei einer Bevölkerung von 47 Millionen Seelen das hübsche Sümmchen von 496 Millionen Mark, wobei das Gläschen nur zu 6 Pf. gerechnet ist. Die Verwaltung des Reichsheeres und der Marine zusammen kostet dagegen im laufenden Jahre nur 380 Millionen Mark oder unter Hinzurechnung einmaliger Ausgaben im Betrag von 50 Millionen 430 Millionen Mark. Wie schwer empfinden wir die Last unserer Ausgaben für's Militär und wie wenig denken wir an die Abschaffung der viel größeren Ausgabe für den Schnaps! Und mit den 496 Millionen ist noch lange nicht der ganze Schnapsaufwand berechnet! Von den großen Summen, die wir auf Irrenhäuser, Krankenhäuser, Gefängnisse und Zuchthäuser verwenden, kommt ein ganz gehöriger Antheil auf den Schnapskonto! Der Kafferkönig Cetewayo hat mehr Verstand bewiesen, als mancher hochgebildete Nichtkaffer, als er sagte: „Wenn man Fässer Schnaps in ein Land bringt, raubt man dem Volk sein Gehirn!" Der Direktor der Irrenanstalt Stefansfeld, Dr. Stark, hat in öffentlicher Versammlung erklärt, daß er in Stefansfeld unter 553 aufgenommenen Männern 163 Trinker = 29 Proz. gefunden habe und daß durchschnittlich in den deutschen Irrenanstalten unter den Männern 25 Proz. Trinker sich befinden. Wie viele Verbrechen im Schnapsdampf begangen werden, sieht man in jedem Gerichtssaal und in jeder Zeitung, wenn die Menschen, die Andere gestochen oder todtgeschlagen haben, sich auf die Trunkenheit als „mildernden Umstand" berufen. Man hat aber auch bei einer in 120 Gefängnissen und Zuchthäusern angestellten Nachfrage herausgebracht, daß von 32,837 Gefangenen 13,706 oder 41,7 Proz. ihr Verbrechen unter der Einwirkung des Alkohols begangen haben. Wie viele Krankheiten im Trinken ihren Ursprung haben, weiß Jeder, der um sich schaut; am besten wissen's aber die Vorstände der Krankenkassen. So manche Krankenkasse würde glänzend stehen und deßhalb die Beiträge ermäßigen oder die Leistungen erhöhen können, wenn sie im Stande wäre, jedem Mitgliede die Schnapsflasche zu versiegeln. Darum fort mit der Schnapssteuer, die wir nicht dem Staat für etwas Nothwendiges oder Nützliches, sondern dem Schnapshändler für etwas Verderbliches und Unnöthiges bezahlen, und wir werden gesunder, besser und glücklicher sein.

— **(Die Herstellung eines Tunnels zwischen Kopenhagen und Malmö)** unter dem Sund, wird in neuerer Zeit vielfach besprochen. Der Plan zu diesem, zwischen Schweden und Dänemark zu erbauenden Riesenwerk geht von einer französischen Gesellschaft aus, zu welcher die „Banque maritime", das „Comptoir d'Escompte" und die „Banque de Paris et des Pays-Bas" gehören, drei Häuser, welche sich großer Leistungsfähigkeit erfreuen. Die Angelegenheit hat natürlich in den Skandinavischen Ländern das größte Interesse hervorgerufen und auch die Regierungen beider Länder wenden diesem Plane die gebührende Aufmerksamkeit zu. Das schwedische Ministerium hatte sofort, nachdem der Plan der Regierung vorgelegt worden war, nähere Auskunft über die Vertrauenswürdigkeit der betr. Gesellschaft und über die Person des Bevollmächtigten derselben, François Delouche, eines früheren Beamten im Ministerium des Innern, eingeholt, welche durchaus befriedigend ausfielen. Ebenso wie die schwedische, hat auch die dänische Regierung den Plan sehr günstig aufgenommen, jedoch von vornherein erklärt, daß sie erst dann den Tunnelbau bewilligen werde, wenn eine aus Technikern zusammengesetzte Kommission sich über den Plan und die Ausführbarkeit dieses Projektes in befriedigender Weise ausgesprochen haben wird. Gegenwärtig wird der Entwurf von der schwedischen Abtheilung für Wege- und Wasserbau eingehend geprüft, und es ist, wie dem „Frankf. Journ." zufolge verlautet, als ziemlich gewiß anzunehmen, daß die betreffende Abtheilung, welcher die tüchtigsten und angesehensten Ingenieure Schwedens angehören, die Bewilligung eines Beitrages zu dem Tunnelbau zwischen Kopenhagen und Malmö befürworten wird. Der Tunnel soll eine Länge von etwa 30 Kilometer erhalten, also nur etwa Zweidrittel der Länge des zwischen Calais und Dover geplanten unterseeischen Schienenweges. Es wird beabsichtigt, die Arbeiten binnen Jahresfrist beginnen zu lassen und in diesem Falle den Tunnel spätestens in zehn Jahren zu vollenden. In Fachkreisen ist man jedoch der Ansicht, daß die ganze Arbeit schon in weniger als fünf Jahren fertiggestellt werden könne, vorausgesetzt, daß die Arbeiten gleichzeitig von beiden Küsten aus in Angriff genommen würden, und wird hierbei besonders betont, daß der Boden des Sundes aus fester Kalkbildung bestehe, dessen Durchbohrung keine weiteren Schwierigkeiten verursachen dürfte.

— **(Archäologische Funde auf der Athener Akropolis.)** Die in nördlicher Richtung von den Propyläen der Athener Akropolis in neuester Zeit vorgenommenen Ausgrabungen haben sehr merkwürdige Ergebnisse zu Tage gefördert. Insgesammt wurden in den letzten Tagen 12 ziemlich große und wohlerhaltene Kupfergefäße, wie Weinbehälter, Trinkschalen, Mischgefäße und Trinkbecher ausgegraben. Der Weinbehälter ist 29 cm hoch und der Form nach kunstvoll gearbeitet. Alle diese Gegenstände wurden an einem und demselben Orte gefunden. Zudem wurde auch noch eine in Kupfer gearbeitete ziemlich gut erhaltene Statuette von 27 cm Höhe ausgegraben. Die Statuette stellte eine weibliche Figur dar, welche in ein Panzerhemd gehüllt ist, das Kleid bis zu den Füßen trägt und dasselbe mit der an den Leib anliegenden linken Hand zurückhält, während die Rechte vom Ellenbogen ab vorgestreckt ist. Die Statue ist die größte der bisher auf der Akropolis ausgegrabenen Kupferstatuen und ihrer Ausführung nach ähnlich den im letzten Januar ausgegrabenen, der Epoche vor Phidias angehörenden Marmorstatuen. Auf einer weiters vor kurzem auf der Akropolis aufgefundenen Marmoraufschrift wird eines Kupferdebots (Chalkothek) erwähnt, also eines besonderen Ortes, wo die kupfernen Gefäße und andere den Tempeln gehörige aus Kupfer verfertigte Gegenstände aufbewahrt wurden. Es fragt sich nun, ob die nordöstlich der Propyläen aufgedeckte Mauer dieser Chalkothek angehört und die ausgegrabenen Kupferobjekte von den daselbst aufbewahrten Kupfergegenständen herrühren, worüber erst die weiteren eingehenden Nachgrabungen sicheren Aufschluß geben werden. Allgemein nimmt man indeß in archäologischen Kreisen Athens an, daß sich die Chalkothek zum mindesten in der Nähe jenes Ortes befindet, wo die erwähnten zahlreichen Kupfergefäße aufgefunden wurden. Ueberdies wurde nordöstlich von den Propyläen ein Marmorbruchstück aufgefunden, auf welchem die Widmungsaufschrift: „Den korbtragenden Jungfrauen" — welche bei den Festen des Dionysios, der Demeter 2c. die Heiligthümer dieser Götter trugen — eingegraben ist. Die Namen der Jungfrauen fehlen zwar, aber jene der Archonten, unter welchen sie den Korb der Heiligthümer, und zwar des Dionysios und „der Mutter der Götter" getragen, finden sich auf dem Bruchstücke vor: es sind dies die Archonten Seleucos und Herculodoros.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 1. Dez. Der Reichstag setzte heute die gestern begonnene Generaldebatte über den Etat fort. Abg. Hasenclever will nur Gelder für Kulturzwecke bewilligen, im Uebrigen den Etat im Ganzen ablehnen.

v. Maltzahn-Gültz bekämpft die Ausführungen Hasenclever's sowie die gestrige Rede Rickert's und betont, daß die neuen Steuerprojekte an dem Widerspruch der Linken gescheitert seien. An den Ausgaben ließen sich keine Ersparnisse machen. Daß seit 15 Jahren der Frieden uns erhalten geblieben, sei nur unserem Heere resp. dem Heeresbudget zu danken.

Frhr. v. Hoiningen-Huene (Zentr.) spricht gegen die Monopolpolitik, wie sie gestern vom Ministertisch aus angedeutet worden sei. Das Zentrum werde bewilligen, was nachweislich auf einem dringenden Bedürfniß beruhe, aber keinen Groschen, der nicht zum Wohl der Nation und des Reichs ausgegeben werden solle. Behr (deutsche Reichspartei) ist für die Wiederaufnahme der Steuerreform bei der Branntweinsteuer. Abg. v. Koskiol-Koszielski will nur das unbedingt Nothwendige bewilligen. Seine Klage über die Einstellung polnischer Soldaten in andern Landestheilen als den ehemals polnischen wird vom Kriegsminister mit dem Hinweise zurückgewiesen, daß polnische Arbeiter freiwillig in andern Landestheilen Arbeit suchen.

Abg. Grad spricht gegen die Erhöhung der Matrikularbeiträge; man solle auf die Tabak- oder die Branntweinsteuer oder aber auf beide zurückgreifen. Richter will der Annahme des Abg. v. Maltzahn-Gültz gegenüber die Stellungnahme seiner Partei zu der Militärvorlage der weiteren Verhandlung des Reichstags darüber vorbehalten. Er polemisirt gegen die gestrigen Aeußerungen des Finanzministers sowie gegen das System der Eisenbahnverwaltung, gegen die Kolonialpolitik, die Steuerpolitik und das Schutzzollsystem.

Finanzminister v. Scholz bestreitet, daß er den ganzen Kaufmannsstand der Defrauden bei der Börsensteuer verdächtigt und Monopole als auf dem Programm der Regierung stehend bezeichnet habe.

Windthorst meint, wenn der jetzige Reichstag nicht die Einnahmen beschließen könne, könne er auch keine Ausgaben bewilligen.

Nach weiterer unerheblicher Debatte, woran v. Helldorff, Rickert, Windthorst und Koszielsky sich betheiligten, wurde die Berathung geschlossen und eine Anzahl von Etatspositionen auf Antrag des Abg. v. Benda der Budgetkommission überwiesen.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

In **Karlsruhe**: Donnerstag, 2. Dez. 134. Abonnem.-Vorst. „**Ultimo**", Lustspiel in 5 Akten, von G. v. Moser. Anf. ½7 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Todesfall. 30. Nov. Friedrich, 7 J., V.: Krämer, Schneider.

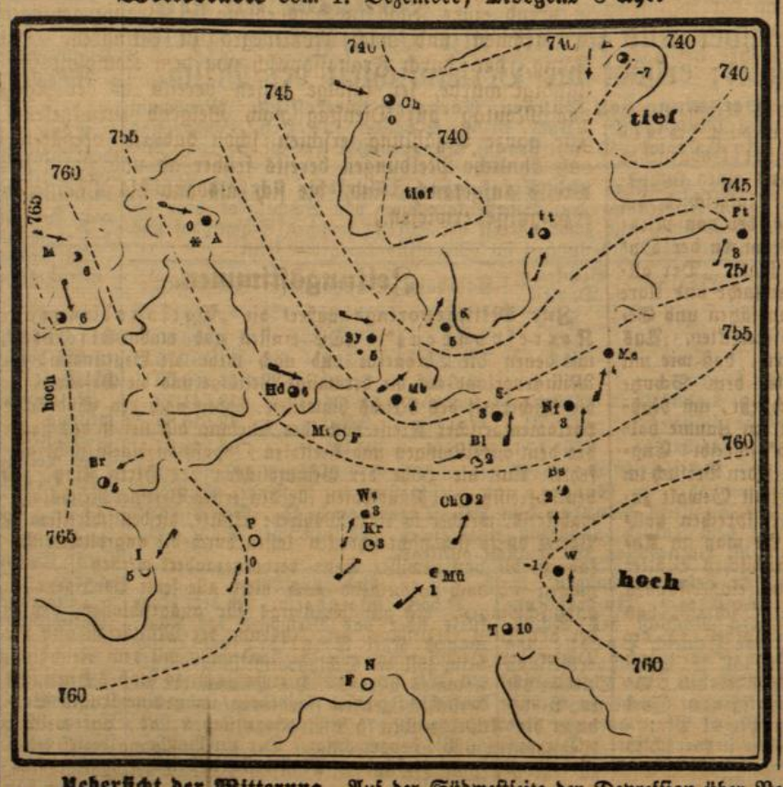
Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

November	Barom. mm	Thermom. in C.	Absolute Feucht. in mm	Relative Feuchtigkeit in %	Wind.	Himmel.
30. Nachts 9 Uhr	744.7	+ 5.4	5.0	75	SW 1	klar
Dezember						
1. Mrgs. 7 Uhr [1]	746.5	+ 3.2	5.4	93	SW 1	wenig bew.
1. Mittags 2 Uhr	747.9	+ 5.4	5.3	78	SW 1	bedeckt

[1]) Regen = 1.1 mm der letzten 24 Stunden.

Wasserstand des Rheins. Maxau, 1. Dez., Mrgs. 3.28 m, gefallen 1 cm.

Wetterkarte vom 1. Dezember, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Auf der Südwestseite der Depression über Nordeuropa hat sich ein Theilminimum zur selbstständigen Depression entwickelt, welche jetzt über dem Skagerak liegt. Unter ihrem Einflusse wehen über Deutschland schwache bis starke südwestliche, über Großbritannien und der Nordsee böige, vielfach starke nordwestliche Winde. Bei im Osten wenig veränderter, im Westen sinkender Temperatur ist das Wetter über Centraleuropa trübe und zu Regenfällen geneigt. (Deutsche Seewarte.)

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 1. Dezember 1886.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	105.95	Staatsbahn	200¼
4% Preuß. Cons.	106.—	Lombarden	85⅞
4% Baden in fl.	103.65	Galizier	159.10
4% „ in M.	104.75	Elbthal	140¾
Oester. Goldrente	93.05	Mecklenburger	164.50
„ Silberr.	68.50	Hess. Ludwigsbahn	—.—
4% Ungar. Goldr.	84.70	Lübeck-BüchenOb.	162.20
1877r Russen	97.70	Gotthard	98.80
1880r „	84.30	**Wechsel und Sorten.**	
II. Orientanleihe	58.70	Wechsel a. Amst.	168.32
Italiener compt.	100.15	„ „ Lond.	20.39
Egypter	77.10	„ „ Paris	80.46
Spanier	65.70	„ „ Wien	161.72
5% Serben	80.70	Napoleonsd'or	16.12
Banken.		Privatdiscont	3¼
Kreditaktien	238¾	Bad. Zuckerfabrik	82.20
Disconto-Commandit	216.80	Alkali Wester.	—.—
Basler Bankver.	173.80	**Nachbörse.**	
Darmstädter Bank	147.—	Kreditaktien	239¼
5% Serb. Hyp. Ob.	80.60	Staatsbahn	200¾
		Lombarden	85⅞
		Tendenz: still.	

Berlin.		Wien.	
Oest. Kreditakt.	482.50	Kreditaktien	299.20
„ Staatsbahn	404.—	Marknoten	61.82
Lombarden	175.—	Tendenz: unentschieden.	
Disco.-Comman.	217.10	**Paris.**	
Laurahütte	78.10	4½% Anleihe	109.85
Dortmunder	57.40	Spanier	66⅛
Marienburger	84.70	Egypter	3-5
Mecklenburger	—.—	Ottomane	540
Tendenz: —.		Tendenz: —.	

Emmericher Waaren-Expedition

J. L. Kemkes,

Emmerich a. Rhein.

Wir beehren uns hierdurch anzuzeigen, dass wir zur Bequemlichkeit unserer p. t. Abnehmer in ***Karlsruhe***, sowie zur Ausdehnung unseres Kundenkreises daselbst

Kaiserstrasse 124,

in Nähe der Waldstrasse

eine ***Zweig-Niederlassung*** in Form einer offenen Handlung, verbunden mit steter **Proben-Ausstellung**, gegründet haben.

Wir laden Consumenten und Freunde von

Caffee, Thee, Chocolade, Vanille, Tabak und Cigarren

zum Besuche derselben ergebenst ein und stehen mit weiterer Auskunft, ausführlicher Preisliste u. s. w. gern zu Diensten.

NB. Unser Karlsruher Geschäftslokal bleibt an den Sonn- und Feiertagen geschlossen. An den Wochentagen ist dasselbe von Morgens 7 Uhr bis Abends 8 Uhr ununterbrochen geöffnet. A.826 1.

B.556.1. Karlsruhe.

Lehrlingsstelle.

Ein solider junger Mensch, welcher Lust hat, die **Feinmechanik** zu erlernen, kann unter günstigen Bedingungen in die Lehre treten.

Antritt sofort event. Neujahr 1887.

Max Händler, Hebelstraße 1.

B.559. **Altlußheim.**

Jagd-Verpachtung.

Die hiesige Hubwald-Jagd, umfassend circa 295 Hektar Wald, wird am

Freitag 10. Dezember 1886, Nachmittags 1 Uhr,

auf die Zeit vom 2. Februar 1887 bis 2. Februar 1893 auf hiesigem Rathhaus öffentlich versteigert, wozu Steigerungsliebhaber eingeladen werden.

Altlußheim, den 28. Novbr. 1886.

Der Hubvorstand:

Zahn, Bürgermeister.

Jagd-Verpachtung.

Die **Gemeinde Schwarzach** verpachtet am

Donnerstag dem 9. Dezember l. J., Vormittags 10 Uhr, auf dem Rathhause die Jagd in ihrer Gemarkung auf beiläufig 1083 Hektar, **sehr günstiges Terrain** für Jagdliebhaber, welche hierzu eingeladen sind.

Schwarzach, 29. November 1886.

Bürgermeisteramt.

Winter. A.824.

A.776.3.

Weihnachts-Ausstellung

von

Spielwaaren und Korbwaaren

bei

F. Wilhelm Doering.

Ecke der Ritter- und Zähringerstrasse.

Oberrheinische Gewerbe-Ausstellung.

Das gestern hier zusammengetretene Preisgericht zur Beurtheilung der für unser

Ausstellungs-Plakat

eingegangenen Entwürfe hat den

Ersten Preis Herrn **Max Honegger,** kunstgewerblicher Zeichner, Karlsruhe, Sophienstr. 13, und den

Zweiten Preis Herrn **Hans Kaufmann,** Kunstmaler, München, Adalbertstr. 70,

zuerkannt.

Freiburg i/B., 29. November 1886.

Der Hauptausschuß. A.820.

Hotel Tannhäuser,

A.819.1.

Karlsruhe.

Vorzügliche Lage in Mitte der Stadt, belebtesten Theil der Kaiserstraße, 40 Zimmer mit oder ohne Pension, vollständig neu und comfortabel der Neuzeit entsprechend eingerichtet, große elegante Restaurations-Lokalitäten, viel besuchtes **Café** und **Billard-Saal,** hält sich dem geehrten Publikum bestens empfohlen.

Chr. Fleischmann.

Mondamin

Eingetragene Schutzmarke.

zu allerlei **Puddings Milchspeisen Fruchtgelées Sandtorten etc.** A.487.3.

Für Kinder und Kranke mit Milch gekocht speciell geeignet; erhöht die Verdaulichkeit der Milch.

Auch zur Verdickung von Suppen, Cacao ꝛc. vortrefflich. Mondamin ist ein entöltes Maisprodukt. Fabr. Brown & Polson, k. e. Hofl., London und Berlin C. In Colonial-, Delicatessen- u. Droguen-Hdl. à 60 Pf. pr. engl. Pfd.

A.815. **Gr. Wasser- und Straßenbau-Inspektion Lörrach** vergibt die Arbeiten zur Herstellung der Straßenkorrektion von Schweighof über die Sirnitz nach Heubronn, und zwar vorerst der Strecke zwischen Schweighof und der Sirnitz in fünf Loosabtheilungen im Submissionsweg wie folgt:

Loos Nr.	Länge. Meter.	Erdarbeit.	Brücken u. Dohlen.	Fahrbahn.	Schutzanstalt.	Zusammen.
		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
I.	700	4,731.50	347.—	848.—	700.—	6,626.50
II.	625	6,080.—	984.—	752.70	3,875.—	11,691.70
III.	425	7,830.—	656.—	513.50	2,270.—	11,269.50
IV.	781	12,887.35	4195.40	922.35	1,736.—	19,741.10
V.	1495.5	13,016.63	1278.70	1781.50	3,540.—	19.616.83
	4026,5	44,545.48	7461.10	4818.05	12,121.—	68,945.63

Angebote sind schriftlich, in Prozenten des Voranschlags gestellt, nach Loosen getrennt oder im Ganzen, und verschlossen mit passender Aufschrift versehen, bis längstens **Montag den 20. Dezember d. J., Vormittags 9 Uhr,** auf dem Inspektionsbureau einzureichen, wo inzwischen Pläne, Bedingungen nebst Voranschlag zur Einsicht aufliegen.

Bürgerliche Rechtspflege.

Oeffentliche Zustellungen.

B.544.1. Nr. 8882. Mosbach. Die Amalie Mayer ledig, vertreten durch ihren Generalbevollmächtigten L. Mayer in Rothenfels bei Rastatt, dieser wieder vertreten durch Rechtsanwalt Mainhard in Mosbach, klagt gegen Leonhard Junker von Unterschüpf, z. Zt. an unbekannten Orten abwesend, unter der Begründung, sie habe dem Beklagten am 28. August 1885 ihr in Rothenfels belegenes Wirthschafts- u. Brauereigebäude nebst Zubehör ausschließlich der auf 4000 Mk. gewerbeten Fahrnisse pro 15. September 1885 um 19,000 Mk. verkauft, ohne daß der Beklagte den Kauf gehalten habe, und sei ihr dadurch, daß sie in Folge dieses Vertragsbruches nicht mehr ihren Verbindlichkeiten habe nachkommen können und ihr das mit Pfandschulden belastete Anwesen zu nur 8000 Mk. im Zwangswege versteigert worden sei, ein Schaden von 11,000 Mk. erwachsen, auf Ersatz dieses Betrages nebst 5% Zinsen vom Klagezustellungstage an, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die II. Civilkammer des Großh. Landgerichts dahier auf

Samstag den 12. Februar 1887,
Vormittags 9 Uhr,

mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt zu bestellen.

Zum Zwecke der auf kläg. Antrag vom Gerichte bewilligten öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Mosbach, den 28. November 1886.

Die Gerichtsschreiberei Gr. Landgerichts.

Schredelseker.

Konkursverfahren.

B.542. Nr. 24,646. Freiburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Müllermeisters Serafin Wunderle von Hofsgrund ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen des Hermann Rees in Hofsgrund und des Franz Xaver Kreuz in St. Wilhelm Termin auf

Mittwoch den 15. Dezember 1886,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Großh. Amtsgericht hierselbst, Zimmer Nr. 5, anberaumt.

Freiburg, den 29. November 1886.

Wagner,

Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.

Oeffentliche Bekanntmachungen.

B.557. Weinheim. In dem Konkurse über den Nachlaß des Schuhmachers Jakob Heinrich Bordne von Heddesheim soll die Schlußvertheilung vorgenommen werden. Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 3074 M. 41 Pf.; darunter sind 21 M. 60 Pf. bevorrechtigte. Der zur Vertheilung verfügbare Massebestand beträgt 1140 M.

Weinheim, den 29. November 1886.

Fr. Zinkgräf,
Konkursverwalter.

Bekanntmachung.

B.558. Weinheim. In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns Karl Schneider von Weinheim soll die Schlußvertheilung vorgenommen werden. Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 30,224 M. 75 Pf.; davon sind 9 Mk. 66 Pf. bevorrechtigt. Der zur Vertheilung verfügbare Massebestand beträgt 3790 M.

Weinheim, den 30. November 1886.

Fr. Zinkgräf,
Konkursverwalter.

Vermögensabsonderungen.

A.823.2. Nr. 11,913. Karlsruhe. Die Ehefrau des Premierlieutenants a. D. August Wielandt, Emma, geb. Rutsch in Karlsruhe, klagt gegen ihren Ehemann mit dem Antrag, sie für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzusondern. Zur Verhandlung vor der Civilkammer I. Gr. Landgerichts ist Termin bestimmt auf Dienstag den 18. Januar 1887, Vormittags 8½ Uhr.

Dies wird zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.

Karlsruhe, den 29 November 1886.

Der Gerichtschreiber Gr. Landgerichts:

Dr. Sachs.

B.545. Nr. 8771. Mosbach. Die Ehefrau des Martin Merkert von Krensheim, Anna Maria, geb. Heim, hat gegen ihren genannten Ehemann, z. Zt. in Amerika, vertreten durch seinen Generalbevollmächtigten Valentin Merkert von Hof Lilach, bei Großh. Landgerichte hier eine Klage mit dem Antrage, sie für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzusondern, eingereicht, und ist Termin zur Verhandlung über die Klage vor der II. Civilkammer auf

Samstag den 15. Januar 1887,
Vormittags 9 Uhr,

bestimmt, was zur Kenntnißnahme der Gläubiger hiermit bekannt gemacht wird.

Mosbach, den 26. November 1886.

Die Gerichtsschreiberei Gr. Landgerichts.

Schredelseker.

B.546. Nr. 8643. Mosbach. Durch Urtheil der Civilkammer II. des Gr. Landgerichts dahier vom 20. d. Mts. wurde die Ehefrau des Landwirths Peter Köhler, Maria, geborne Mohr von Königshofen, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzusondern, was hiermit zur Kenntnißnahme der Gläubiger bekannt gemacht wird.

Mosbach, den 26: November 1886.

Die Gerichtsschreiberei Gr. Landgerichts.

Schredelseker.

Entmündigungen.

B.554. Nr. 34,361. Pforzheim. Luise Karst ledig von Eisingen, z. Zt. in Berlin, wurde mit Beschluß vom 23. d. M., Nr. 33.329, entmündigt.

Pforzheim, den 26. November 1886.

Großh. bad. Amtsgericht.

Dr. Heinsheimer.

B.553. Nr. 34,362. Pforzheim. Karl Eduard Bischoff ledig von Dietlingen, z. Zt. in der Kreispflegeanstalt Hub, wurde mit Beschluß vom 23. d. Mts., Nr. 33,452, entmündigt.

Pforzheim, den 26. November 1886.

Großh. bad. Amtsgericht.

Dr. Heinsheimer.

Erbeinweisungen.

B.550.1. Nr. 11,667. Kenzingen. Das Gr. Amtsgericht Kenzingen hat heute beschlossen:

Die Witwe des Thierarztes Theodor Gerber, Pauline, geb. Bindner von Endingen, hat, nachdem die gesetzlichen Erben auf die Erbschaft verzichtet haben, um Einweisung in den Besitz und die Gewähr des Nachlasses ihres Ehemannes gebeten.

Diesem Gesuch wird entsprochen werden, wenn nicht innerhalb

sechs Wochen

Einsprache dagegen erhoben wird.

Kenzingen, den 27. November 1886.

Der Gerichtsschreiber:

Nuß.

B.549.1. Nr. 11,666. Kenzingen. Das Gr. Amtsgericht Kenzingen hat heute beschlossen:

Die Witwe des Feldhüters Anton Bär, Emma, geborne Lang von Oberbausen, hat, nachdem die gesetzlichen Erben auf die Erbschaft verzichtet haben, um Einweisung in den Besitz und die Gewähr des Nachlasses ihres Ehemannes gebeten.

Diesem Gesuche wird entsprochen werden, wenn nicht innerhalb

sechs Wochen

Einsprache dagegen erhoben wird.

Kenzingen, den 27. November 1886.

Der Gerichtsschreiber:

Nuß.

A.811. Karlsruhe. Die Witwe des Lokomotivführers Franz Braun, Luise, geb. Müller hier, wurde durch Beschluß Großh. Amtsgerichts hier vom Heutigen in Besitz und Gewähr des ehemännlichen Nachlasses eingesetzt.

Karlsruhe, den 28. November 1886.

Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.

W. Frank.

B.532. Nr. 19,521. Tauberbischofsheim. Das Großh. Amtsgericht dahier hat unterm Heutigen beschlossen:

Katharina, geb. Weinig, hat um Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres am 23. September 1886 verstorbenen Ehemannes Ferdinand Blank, Makler von Dittigheim, gebeten.

Diesem Gesuche wird entsprochen, wenn nicht binnen sechs Wochen diesseits Einsprachen hiergegen erhoben werden.

Tauberbischofsheim, 26. Nov. 1886.

Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.

Lederle.

Erbvorladungen.

A.810. Triberg. Christian Wöhrle, Taglöhner, in Amerika an unbekannten Orten, 32 Jahre alt, ist zum Nachlaß seiner am 5. Oktober d. J. in Hornberg verstorbenen Großmutter, der Straßenwart Johannes Reiner Witwe, Maria, geb. Baumann, mitberufen; derselbe wird zu den Erbtheilungsverhandlungen mit dem Anfügen geladen, binnen drei Monaten seine Ansprüche geltend zu machen, andernfalls der Nachlaß so vertheilt wird, als hätte er den Erbanfall nicht erlebt.

Triberg, den 15. November 1886.

Großh. Notar

Damm.

Handelsregistereinträge.

B.552. Pforzheim. Zum Handelsregister wurde eingetragen:

I. Zum Firmenregister:

1. Bd. II O.Z. 1470. Firma: Ad. Wardecker in Pforzheim. Inhaber ist Bijouteriehändler Adolf Wardecker, dahier wohnhaft. Derselbe ist verheirathet mit Louise Molkentin. Nach dem am 11. Mai d. J. dahier abgeschlossenen Ehevertrag ist die eheliche Gütergemeinschaft auf einen beiderseitigen Einwurf von je 50 M. beschränkt. 2. O.Z. 1471. Filiale in Pforzheim der Firma: Ludwig Politzer in Wien. Inhaber ist Ludwig Politzer, Verkäufer von Juwelen, Gold- und Silberwaaren, in Wien wohnhaft. 3. O.Z. 1472. Firma L. Völter, F. A. Bronn Nachfolger hier. Inhaber ist der eine Essig-, Branntwein- und Liqueurfabrik betreibende Louis Völter, dahier wohnhaft. Derselbe ist ohne Ehevertrag verheirathet.

II. Zum Gesellschaftsregister:

1. Band II Ordn.Z. 682. Firma: Gschwindt & Fröhner in Pforzheim. Theilhaber der offenen Handelsgesellschaft sind die Fabrikanten Karl Friedrich Gschwindt und Moritz Fröhner, Beide dahier wohnhaft. Ersterer ist ledig, Letzterer verheirathet mit Luise Fausel von hier. Nach dem am 28. März 1872 abgeschlossenen Ehevertrag ist die eheliche Gütergemeinschaft auf einen beiderseitigen Einwurf von je 50 fl. beschränkt. 2. O.Z. 683. Firma: Kegelmann & Cie. in Pforzheim. Theilhaber der offenen Handelsgesellschaft sind Fabrikant Johann Heinrich Gustav Kegelmann und Wirth Karl Armbruster, Beide dahier wohnhaft. Ersterer ist mit Luise Armbruster von hier seit 23. Mai 1886 verheirathet. Nach dem am 18. Mai 1886 abgeschlossenen Ehevertrag ist die eheliche Gütergemeinschaft auf einen beiderseitigen Einwurf von je 20 M. beschränkt. Letzterer ist ohne Ehevertrag verheirathet. Nur der Theilhaber Gustav Kegelmann ist berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten. 3. O.Z. 490. Firma: F. A. Bronn Nachfolger hier. Die Gesellschaft hat sich am 15. ds. Mts. aufgelöst. Die Firma ist erloschen.

Pforzheim, den 27. November 1886.

Großh. Amtsgericht. Mittell.

B.529. Nr. 7128. Kehl. Zu O.Z. 151 des hiesigen Firmenregisters wurde heute eingetragen:

Zur Firma: Friedrich König in Willstett:

Ehevertrag d. d. Kehl, 21. Oktober 1886, mit Elisabetha, geb. Jockers von Hesselhurst, wonach jeder Theil den Betrag von 100 Mk. in die Gütergemeinschaft einbringt, alles übrige, gegenwärtige und künftige Vermögen davon ausschließt.

Kehl, den 27. November 1886.

Großh. bad. Amtsgericht.

Rizi.

Strafrechtspflege.

Aufforderung.

A.801. J.Nr. 1831 I. Offenburg. Der Rekrut Thaddäus Berger von Brombach, Amt Lörrach, wird hierdurch aufgefordert, sich binnen 4 Wochen bei diesseitigem Kommando zu stellen, widrigenfalls die Untersuchung wegen Fahnenflucht gegen ihn eingeleitet wird.

Offenburg, den 23. November 1886.

Königliches Bezirkskommando.

A.827. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Wirkung vom 5. Dezember l. J. an wird die Station Frankfurt a. M. Main-Weserbahnhof mit den für Frankfurt a. M. Taunusbahnhof bestehenden Frachtsätzen in den direkten Nassau-Badischen Gütertarif einbezogen.

Karlsruhe, den 30. November 1886.

General-Direktion.

A.825. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Der Ausnahmefrachtsatz für Petroleum u. Naphta von Mannheim nach Aalen wird vom 15. Januar k. J. ab auf 1,33 M. für 100 kg erhöht.

Karlsruhe, den 30. November 1886.

General-Direktion.

Vergebung von Rheinbausteinen.

A.817.2. Die Gr. Rheinbauinspektion Offenburg vergibt auf dem Submissionswege **Montag den 6. Dezember d. J., Vormittags 10 Uhr,** in ihrem Geschäftszimmer die Lieferung von 800 cbm Bruchsteinen auf den Binsenfeldbau unterhalb der Plittersdorfer Schiffbrücke, und von 110 cbm Bruchsteinen auf das Ende des Uferbaues Motherner Durchstich. Angebote sind bis zu obiger Frist, auf den Kubikmeter gestellt, versiegelt und portofrei mit der Aufschrift „Steinlieferung" versehen, hierher einzureichen. Die Bedingungen können beim Dammmeister Schweitzer in Plittersdorf eingesehen werden.

(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.